



**Geschäftsführung
Ausschuss Schule und Weiterbildung**

Herr Bernecker

Telefon: (0221) 221-29251

Fax: (0221) 221-29241

E-Mail: hans-michael.bernecker@stadt-koeln.de

Datum: 26.06.2013

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 03.09.2012, 16:00 Uhr bis 18:30 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Vorsitzende

Frau Gisela Manderla CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Ralf Heinen SPD

Ratsmitglieder

Frau Sylvia Laufenberg FDP

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Gonca Mucuk	SPD
Frau Dagmar Paffen	SPD
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Anne Hauser	CDU
Frau Birgitta Nesseler-Komp	CDU
Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Frau Kirsten Jahn	GRÜNE
Frau Ulrike Kessing	GRÜNE
Herr Horst Thelen	GRÜNE
Herr Martin Schöppe	pro Köln

Mitglieder mit beratender Stimme nach § 58 Absatz 1 Satz 7 bis 12 Gemeindeordnung Nordrhein-Westfalen

Frau Sengül Senol DIE LINKE

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Marie-Luise Quilling	auf Vorschlag der SPD
Frau Angelika Riedel	auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Klaus Zimmermann	auf Vorschlag der CDU
Frau Bärbel Hölzing	auf Vorschlag der Grünen

Für die Bezirksschülervertretung

Frau Anna Gazel Ugurlu

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner mit beratender Stimme

Frau Claudia Klein	auf Vorschlag der FDP
Herr Jörg Uckermann	auf Vorschlag von pro Köln
Herr Oswald Pannes	auf Vorschlag der Linken

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Stephanie Stangier	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
-------------------------	---

Für die Katholische Kirche

Herr Michael Bold

Für die Evangelische Kirche

Frau Utta Brauweiler-Fuhr

Sachkundige Einwohnerinnen und Einwohner nach § 22 und § 23 der Hauptsatzung

Frau Ebru Coban	KL	auf Vorschlag des Integrationsrates (Vertretung durch H. Ceylan)
-----------------	----	--

Für die Bezirksschülervertretung

Herr Lukas Lorenz

Verwaltung

Frau Beigeordnete Dr. Agnes Klein

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Sachkundige Bürgerin

Frau Yvonne Gebauer	FDP
---------------------	-----

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

0.1 Verpflichtung eines sachkundigen Einwohners

1 Niederschriften

1.1 Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 11.06.2012, 17:00 Uhr bis 20:00 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18 - Öffentlicher Teil

1.2 Niederschrift über die Sondersitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 19.06.2012, 19:00 Uhr bis 19:25 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal - öffentlicher Teil

1.3 Niederschrift über die Gemeinsame Sondersitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung und Jugendhilfeausschuss in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 19.06.2012, 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

2 Gleichstellungsrelevante Themen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

3.1.1 Zahlen und Prognose bzgl. der Rheinischen Musikschule
AN/0849/2012

Zahlen und Prognosen bzgl. der Rheinischen Musikschule
2691/2012

3.1.2 Erweiterte Anfragen zum Sachstandsbericht des Bildungspaketes
2072/2012

3.1.3 Islamischer Religionsunterricht an Kölner Schulen AN/0780/2012
2599/2012

3.1.4 Niederschwellige Internationale Förderklasse am Berufskolleg
2163/2012

3.1.5 konkrete Anmeldezahlen des Schulanmeldeverfahrens zum Schuljahr
2012/2013
2884/2012

- 3.1.6 Sportangebote in der offenen Ganztagsbetreuung
2609/2012
- 3.1.7 Anfragen der CDU-Fraktion betreffend Umsetzung Schultoilettenkonzept
AN/1062/2011 und AN/1483/2011
2764/2012
- 3.1.8 Mündliche Anfrage zur Inklusion an weiterführenden Schulen, hier: Elisabeth-
von-Thüringen Gymnasium
2847/2012
- 3.2 Neue Anfragen
 - 3.2.1 Anfrage der BezirksschülerInnenvertretung Köln: Sporthallensituation in der
Finkenbergschule

Sporthallensituation in der Finkenbergschule
3182/2012
- 4 Anträge gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksver-
tretungen**
- 5 Vorlagen der Verwaltung**
 - 5.1 Schulsozialarbeit an Grundschulen
1241/2012
 - 5.2 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt
für alle"
hier: 1. Folgebericht - "2010/2011 Bilanz und Ausblick"
1771/2012
 - 5.3 Vorbereitende Untersuchung gem. § 141 BauGB und Entwicklungskonzept
Südliche Innenstadt-Erweiterung (ESIE) in Bayenthal/Raderberg/Zollstock
3799/2011
 - 5.4 Beschluss der Bezirksvertretung Mülheim zum Fahrplankontakt der Linie 4
2083/2012
 - 5.5 Johannes-Gutenberg-Realschule Kuckucksweg 4, 50997 Köln (Godorf); Er-
neuerung der Fachräume Physik und Biologie
2237/2012
 - 5.6 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0301 - Schulträgeraufgaben für
das Haushaltsjahr 2011
2168/2012

5.7 Neubau Mensa an der Katharina-Henoth-Gesamtschule, Adalbertstraße 17/
Lustheiderstraße 47, 51103 Köln-Höhenberg
Baubeschluss
1909/2012

5.8 Teil-Generalinstandsetzung der Sporthallen der Gesamtschule Strese-
mannstr. 36 in Köln-Porz
Baubeschluss
2944/2012

6 Beantwortung mündlicher Anfragen; Mitteilungen

6.1 Beantwortung mündlicher Anfragen

6.2 Mitteilungen der Vorsitzenden

6.3 Mitteilung der Verwaltung

6.3.1 Schülern und Hausmeistergehilfen an Kölner Schulen
2671/2012

6.3.2 Inklusionsentwicklung Kölner Schulen: Einrichtung eines Expertenbeirats In-
klusion
3053/2012

6.3.3 Inklusionsentwicklung Kölner Schulen: Allgemeine Inklusiv arbeitende Schu-
len im Schuljahr 2012/13
3052/2012

6.3.4 Projektdatenblätter zu Baumaßnahmen der Gebäudewirtschaft
3064/2012

6.3.5 Ämterrallye
2793/2012

6.4 Mitteilung über den Stand der Schulbausanierung

7 Anfragen

8 Verschiedenes

I. Öffentlicher Teil

0.1 Verpflichtung eines sachkundigen Einwohners

Herr Ekrem Ceylan ist nicht anwesend und kann deshalb nicht verpflichtet werden.

1 Niederschriften

1.1 Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung in der Wahlperiode 2009/2014 am Montag, dem 11.06.2012, 17:00 Uhr bis 20:00 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18 - Öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.

1.2 Niederschrift über die Sondersitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 19.06.2012, 19:00 Uhr bis 19:25 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal - öffentlicher Teil

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.

1.3 Niederschrift über die Gemeinsame Sondersitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung und Jugendhilfeausschuss in der Wahlperiode 2009/2014 am Dienstag, dem 19.06.2012, 17:00 Uhr bis 19:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal

Die Niederschrift wird zur Kenntnis genommen.

2 Gleichstellungsrelevante Themen

3 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

3.1 Frühere Anfragen

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, erinnert dringend an seine Anfrage zur Schule Kupfergasse vom Anfang des Jahres, die bereits als Anhang zum letzten Protokoll zur Sitzung vom 11.06.2012 zugesagt war und nach wie vor noch nicht vorgelegt wurde. Er verlangt eine schriftliche Vorlage der Antwort bis zur kommenden Woche an die Fraktion oder zu sich nach Hause.

Frau Dr. Klein zitiert aus der Beantwortung zur Kupfergasse, die aber noch nicht umgedruckt ist und zur nächsten Sitzung vorgelegt wird. Es handele sich um eine durchaus positive Antwort. Sie bietet Herrn Dr. Schlieben an, sich diese im Anschluss an die Sitzung von ihr geben zu lassen und vorab zur Kenntnis zu nehmen.

3.1.1 Zahlen und Prognose bzgl. der Rheinischen Musikschule AN/0849/2012

Zahlen und Prognosen bzgl. der Rheinischen Musikschule 2691/2012

Frau Hölzing, sachkundige Einwohnerin, bedankt sich für die Teilbeantwortung der eingereichten Fragen, hält die Beantwortung mangels Vergleichbarkeit aber in Teilen für unvollständig und zu allgemein. Sie bittet darum, Zahlen aus dem Jahr 2007 vorzulegen, um einen Vergleich zu ermöglichen. Die steigenden Schülerzahlen sind erfreulich, doch sind aus der Liste in Anlage 2 auch Schwankungen der Schülerzahlen gegenüber den beiden Bezirken Kalk und Chorweiler erkennbar. Zu Punkt 2 möchte sie wissen, welche Gründe zu dem Festhalten an zwei Regionalschulen im Stadtteil Lindenthal bewegt haben.

Herr Anton, Rheinische Musikschule, führt dazu aus, dass die Rheinische Musikschule als **eine** Musikschule funktioniert und dabei bisher nicht bewusst nach einer gleichmäßigen Betreuung aller Stadtbezirke geschaut wurde. Der Zuschuss von 2,80 Euro je Einwohner, der geringste in ganz NRW, erfordert, dass man bei Erweiterungen jeweils auf die Kostenneutralität achtet. Dass in Lindenthal zwei Regionalschulen vorhanden sind, liegt an der Eingemeindung von Lövenich, das bereits eine bestehende Musikschule hatte. Wenn in Chorweiler eine eigenständige Regionalschule errichtet werden soll, dann werden dafür auch die entsprechenden finanziellen Ressourcen benötigt, die derzeit nicht vorhanden sind. In Mülheim kann beispielsweise ein größeres Angebot erfolgen, weil dort Träger wie InVia Angebote der Musikschule in großem Umfang einkaufen. Von den 300 Lehrkräften der Musikschule sind 170 Honorarkräfte, die effizient an einem festen Standort eingesetzt werden müssen, weil diese nicht zu wechselnden Einsatzorten geschickt werden können.

Frau Hölzing, sachkundige Einwohnerin, fragt nach, ob die erwarteten höheren Schülerzahlen einen höheren Zuschuss durch die Stadt erfordern.

Dem entgegnet Herr Anton, dass man unter Kostenneutralität die Refinanzierung aus den Gebühren versteht, um weitere Zuschüsse zu vermeiden. Die Anfrage bezog sich ursprünglich auf die Anmeldung der überplanmäßigen Ausgabe, für welche zusätzliche Einnahmen herangezogen werden sollten. Dabei wurden in der Vorlage nur Einnahmen in der tatsächlich benötigten Höhe genannt. Die tatsächlichen Mehreinnahmen lagen noch über den benötigten 81.000 Euro. Der Kostendeckungsgrad der Musikschule liegt damit besonders hoch.

Zur politischen Vorbereitung der Entscheidungen für mögliche Ausweitungen der Musikschule erinnert Frau Hölzing daran, dass der bereits lange versprochene Plan mit einer Gesamtkonzeption für die Musikschule vorgelegt werden soll. Dabei nimmt sie Bezug auf eine ältere Vorlage, in welcher die Finanzen von 2000 bis 2007 aufgeführt wurden, für welche sie sich eine Aktualisierung wünscht, auch wenn noch keine sicheren Prognosen für die Zukunft möglich seien. Für das Protokoll reicht sie eine Liste mit Nachfragen zu der Beantwortung ein, deren Beantwortung auch in den Bezirksvertretungen vorgelegt werden soll:

„Zu 1. Ich bitte darum, wie angefragt, auch die Entwicklung der Jahreswochenstunden in den Regionalschulen zwischen 2007 und 2012 darzustellen. Den gleichen Vergleich zwischen 2007 und 2012 erbitte ich für die Instrumentalbereiche Grundstufe, Blasinstrumente und Tasteninstrumente.

Zu 2. Gibt es zwingende Gründe an zwei Regionalschulen im Bezirk Lindenthal festzuhalten?

Zu 3. Ich bitte um eine genauere Angabe gemäß der Fragestellung.

Kooperationen können sowohl lockere Verbünde, als auch intensiv zusammenarbeitende Bündnisse sein. Die Nutzung eines Unterrichtsraumes in einer Schule ohne inhaltliche Absprachen ist anders zu sehen als eine gemeinsame inhaltliche Unter-

richtsgestaltung im Rahmen der Studentafel. Diese unterschiedlichen Aspekte bitte ich bei der Darstellung aufzuzeigen.

Zu 5. In der Vorlage 1695/2008 hat der Ausschuss eine Jahresbilanz mit Zahlen zur Entwicklung der Ein- und Ausgaben und der Entwicklung der Finanzierung der Musikschule erhalten. Ich stelle dieses Dokument gerne als Muster, um die Zahlen bis 2012 zu aktualisieren, zur Verfügung und vielleicht ist auf dieser Basis eine vorsichtige meinewegen auch „unseriöse“ Prognose für die nächsten Jahre möglich.“

Frau Manderla ergänzt, dass eine vernünftige Zentrale für die Rheinische Musikschule viele bestehende Engpässe auffangen könnte. An diesem Ziel wird deshalb gemeinsam gearbeitet.

3.1.2 Erweiterte Anfragen zum Sachstandsbericht des Bildungspaketes 2072/2012

Herr Dr. Heinen, SPD-Fraktion, merkt an, dass die entsprechenden Leistungen in Köln unterdurchschnittlich hoch in Anspruch genommen werden. Gerade durch den Kölnpass, der bessere Angebote lieferte, gab es Schwierigkeiten, bestimmte Mittel abzurufen.

Besonders schwierig ist der Abruf von Mitteln für die Lernförderung. In Bezug auf den Fehler im Gesetzestext fragt er nach dem Sachstand.

Frau Heuer bestätigt, dass es sich hier um einen schwierigen Weg der kleinen Schritte handelt, wobei man in der Diskussion mit dem Ministerium ist. Es gibt zwar kleine Lichtblicke, aber derzeit noch keinen neuen Sachstand.

Frau Dr. Klein ergänzt, dass eine weitere Mitteilung nicht mehr rechtzeitig zum Ausschuss vorgelegt wurde, worin von einem Erreichungsgrad von derzeit 49% gesprochen wird, der im Durchschnitt der Großstädte liegt.

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

3.1.3 Islamischer Religionsunterricht an Kölner Schulen AN/0780/2012 2599/2012

Frau Senol, Fraktion DIE LINKE, hat eine Nachfrage zu den Schulen, in welchen Islamischer Religionsunterricht angeboten wird:

1. Wie viele Schüler/innen interessieren sich dafür?
2. In wie vielen Schulen wird Religionsunterricht für alevitische Kinder angeboten?

Frau Baum sagt eine schriftliche Beantwortung der beiden Fragen zu.

3.1.4 Niederschwellige Internationale Förderklasse am Berufskolleg 2163/2012

Die Beantwortung wird zur Kenntnis genommen.

3.1.5 konkrete Anmeldezahlen des Schulanmeldeverfahrens zum Schuljahr 2012/2013 2884/2012

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, bedankt sich für die Übersicht und bittet um Ergänzung der Aufnahmezahlen und der erfolgten Ablehnungen, sowie der Änderung der

Zügigkeiten und der vorhandenen Kapazitäten vom letzten Schuljahr zu diesem Schuljahr.

Frau Dr. Klein gibt zu bedenken, dass Ablehnungen von den Schulen nicht festgehalten werden und fragt vor diesem Hintergrund, ob die Frage nach den Zügigkeiten dann noch sinnvoll sei.

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, bittet trotzdem um diese Zahlen, wenn es keinen unverhältnismäßigen Aufwand macht.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, wünscht darüber hinausgehend auch die korrespondierenden Zahlen für die Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien von vor 2 bis 3 Jahren zum Vergleich, um Schülerbewegungen insgesamt zu ermitteln. Dies werde für weitere Planungen dringend benötigt. Außerdem appelliert er an die Mitglieder des Ausschusses, sich für die Martin-Luther-King-Schule und ihr Konzept einer Schule von 1-10 stark zu machen, die eine gute Arbeit mache, die aber mittlerweile nur noch gering besetzte Eingangsklassen aufweise.

Frau Manderla wendet ein, dass ein solcher Appell an dieser Stelle unpassend sei, da das Thema nichts mit der aufgerufenen Beantwortung einer Anfrage zu tun hat.

Frau Dr. Klein bestätigt, dass es möglich sei, die Vergleichszahlen für die Anmeldungen der letzten 3 Jahre zur nächsten Sitzung vorzulegen. Für die Hauptschulen merkt sie an, dass endgültige Zahlen erst auf der Basis der Oktoberstatistik vorgelegt werden können, weil sich bis dahin noch zahlreiche Änderungen ergeben. Zu Weiden führt sie aus, dass die Schule bisher noch keinen Schulkonferenzbeschluss im Zusammenhang mit einer Weiterführung zu einer Schule von 1 – 10 gefasst hat.

Auch Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin, möchte gerne die Anmeldezahlen den Aufnahmen und Zügigkeiten der einzelnen Schulformen gegenüberstellen können und bittet um die entsprechenden Zahlen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, ergänzt noch, dass er sich neben den Anmeldezahlen auch für die Zahlen interessiert, wie viele Kinder dann in der 7.Klasse davon noch übrig sind und wie sich die Zahlen aus den Hauptschuleingangsklassen vor 2 bis 3 Jahren entwickelt haben.

Frau Jahn, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, wundert sich, dass nach der letzten Seite nur 94,83 % der Schüler/innen angemeldet wurden und fragt sich, wie es zu den übrigen über 5 % ohne Anmeldungen kommt.

Frau Dr. Klein bestätigt, dass es tatsächlich zahlreiche Eltern gibt, die erst zum Ende der Ferien oder danach ihre Kinder bei weiterführenden Schulen anmelden. Dadurch erscheinen diese erst wieder in der Oktoberstatistik.

3.1.6 Sportangebote in der offenen Ganztagsbetreuung 2609/2012

Herr Dr. Heinen, SPD-Fraktion, bittet die Schulverwaltung, beim Ministerium an die Mittelfreigabe für das nach seiner Einschätzung vorbildliche Projekt „Mitgliedschaftsmodell“ zu erinnern: In diesem Projekt werden AGs übergeführt auf Spezialisierung und Interesse zu bestimmten Sportarten und Bindung der Schüler in den Vereinsbereich.

Die Beantwortung der Anfrage wird zur Kenntnis genommen.

3.1.7 Anfragen der CDU-Fraktion betreffend Umsetzung Schultoilettenkonzept AN/1062/2011 und AN/1483/2011 2764/2012

Da es sich bei der Beantwortung um eine Tischvorlage handelt wird zum nächsten Tagesordnungspunkt übergegangen.

3.1.8 Mündliche Anfrage zur Inklusion an weiterführenden Schulen, hier: Elisabeth-von-Thüringen Gymnasium 2847/2012

Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner, wundert sich, dass das Elisabeth-von-Thüringen-Gymnasium bereits bei inklusiver Beschulung eines einzigen Schülers als „inklusive Schule“ bezeichnet wird. Er bezieht sich auf die Aussage in der Beantwortung „Ein Beschluss der Schulkonferenz ist für die Umwandlung in eine inklusive Schule nicht erforderlich.“ und weist darauf hin, dass die Bezirksregierung da anderer Ansicht ist. Er bittet, dies nochmals zu überprüfen.

Frau Heuer erklärt, dass sie persönlich in der Schulkonferenz anwesend war, als im Rahmen der Erweiterung der Zügigkeit intensiv über das Thema Inklusion gesprochen wurde. Die Schule hat pädagogische Tage zu dem Thema gemacht und ist intensiv vorbereitet auf die Thematik. Sie sagt eine Klärung der Rechtslage zu. Die Bezirksregierung hat der Schule 5 Schüler/innen als „Schule mit gemeinsamen Lernen“ zugewiesen und nur 1 Elternteil hat diese Anmeldung dann auch wahrgenommen.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, zitiert § 65 des Schulgesetzes, wonach für gemeinsamen Unterricht ein Schulkonferenzbeschluss erforderlich ist und fordert die Verwaltung auf, einen solchen nachzufordern.

3.2 Neue Anfragen

3.2.1 Anfrage der BezirksschülerInnenvertretung Köln: Sporthallensituation in der Finkenbergschule

Sporthallensituation in der Finkenbergschule 3182/2012

Frau Jahn, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erinnert daran, dass die Finkenbergschule keine dauerhafte Einrichtung, sondern eine Interimsschule ist. Es stört sie, dass man sich keine Gedanken über den umbauten Raum der Sporthalle macht und sich damit begnügt, diesen brach liegen zu lassen, ohne sich Gedanken über eine weitere Verwendung zu machen.

4 Anträge gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates und der Bezirksvertretungen

5 Vorlagen der Verwaltung

5.1 Schulsozialarbeit an Grundschulen 1241/2012

Herr Philippi, SPD-Fraktion, lobt die erfreuliche Vorlage, weist aber auf das Problem hin, dass die Finanzierung der 76 Schulsozialarbeiter/innen nur bis 2013 gesichert ist. Im Hinblick auf die Haushaltssituation der Stadt Köln bezweifelt er, dass eine Fortführung mit eigenen Mitteln möglich ist. Er regt daher eine gemeinsame interfraktionelle Resolution an die Bundesregierung zum Zwecke der mittelfristigen oder dauerhaften Weiterfinanzierung durch den Bund an. Der präventive Ansatz, mit der Schulsozialarbeit auch in die Grundschule zu gehen, sei richtig. Man sei es den 76 Schulsozialarbeiter/innen für die persönliche Planungssicherheit schuldig, möglichst bald Sicherheit über das Fortbestehen der Beschäftigung zu schaffen.

Frau Manderla befürchtet, dass eine baldige Zusicherung für den Bestand der eingerichteten Stellen nicht erfolgen wird.

Auch Frau Jahn, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, attestiert die Wichtigkeit des Bestands der Schulsozialarbeit im Hinblick auf die Hilfestellung für Familien und Kinder, fragt dazu aber nach, wie man eine qualitativ hochwertige Aufgabenerfüllung (das meint die Vermittlung zwischen Schule, Jugend und Verwaltung) bei den Trägern dauerhaft garantieren will und einen Austausch untereinander sicherstellt.

Frau Dr. Klein erinnert zunächst daran, dass die Stadt sich auch für die kommunale Entlastung bei den Kosten der Unterkunft beim Bund einsetzt, worüber auch die städtischen Stellen refinanziert werden. Es muss gelingen, eine dauerhafte Bundesfinanzierung zu etablieren und die Stellen zu sichern. Zum Thema der bei freien Trägern angestellten Schulsozialarbeiter/innen ruft sie in Erinnerung, dass die von der Verwaltung vorgeschlagene Koordinationsstelle gestrichen wurde. Ohne Personal kann aber keine intensive Beratung angeboten werden. Ein fachlicher Austausch zwischen den einzelnen Trägern ist jedoch möglich, ohne dass die Stadt diesen koordiniert.

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, schließt sich in Bezug auf einen Appell an die Bundesregierung allen Vorrednern an und erwähnt, dass im Jugendhilfeausschuss intensiv über die Kriterien für die Schulsozialarbeit diskutiert wurde und bittet darum, die entsprechenden Auszüge aus den Niederschriften nochmals für beide Ausschüsse zur Verfügung zu stellen.

Dazu sagt Frau Dr. Klein, dass vor 1 ½ Jahren die Stellenverteilung nach Sozialkriterien erfolgte, die im JHA und im ASW diskutiert wurden. Davon zu trennen sei das aktuelle fachliche Konzept für die Schulsozialarbeit, das dem Ausschuss vorgelegt wurde. Damit liegen alle Unterlagen bereits vor.

Beschlussvorschlag einschl. Deckungsvorschlag, Alternative

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt, für die kommunale Schulsozialarbeit an Grundschulen in 2012 Zuschüsse in Höhe von insgesamt 4.489.322,69 Euro (4.144.322,69 Euro gemäß Anlage 1 und 345.000 Euro gemäß Anlage 2) zu gewähren.

Die Verteilung dieser Mittel an die jeweiligen Träger erfolgt wie in Anlage 1 und 2 dargestellt.

Für das Haushaltsjahr 2012 stehen Mittel im Teilergebnisplan 0604, Kinder- und Jugendarbeit, Teilplanzeile 15 (Transferaufwendungen) zur Verfügung.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

5.2 Handlungskonzept Behindertenpolitik - "Köln überwindet Barrieren - eine Stadt für alle"
hier: 1. Folgebericht - "2010/2011 Bilanz und Ausblick"
1771/2012

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, verweist auf die schriftlich zu dieser Vorlage eingereichten Fragen und lenkt das Augenmerk auf die Seiten 20 und 21 der Vorlage. Dort steht, dass bislang im Grundschulbereich fast 50 % der Kinder gemeinsam beschult werden, während im Sek I-/Sek II-Bereich derzeit nur 10 % gemeinsam beschult werden.

Frau Dr. Klein begrüßt, dass es gelungen ist, in diesem Schuljahr alle Kinder mit dem Wunsch nach gemeinsamer Beschulung entsprechend unterzubringen. Im neuen Schuljahr wird voraussichtlich der Anteil der Kinder mit gemeinsamen Lernen im Sekundarbereich voraussichtlich angestiegen sein. Genauere Daten werden mit Vorliegen der Oktoberstatistik bereit stehen.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

„Der Rat nimmt den 1. Folgebericht zum Handlungskonzept Behindertenpolitik „Köln überwindet Barrieren – eine Stadt für alle“ zustimmend zur Kenntnis und beschließt die darin benannten Ziele und Handlungsprioritäten. Die Verwaltung wird beauftragt diese umzusetzen. Die Umsetzung richtet sich nach den zur Verfügung stehenden Haushaltsmitteln.

Der nächste Folgebericht über die Umsetzung ist den politischen Gremien in 2016 vorzulegen.

Darüber hinaus sind der Ausschuss Soziales und Senioren und die Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik und gegebenenfalls weitere Fachausschüsse des Rates und Bezirksvertretungen durch die regelmäßige Berichterstattung der Behindertenbeauftragten über wichtige Entwicklungen und Zwischenergebnisse zeitnah zu informieren.“

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

5.3 Vorbereitende Untersuchung gem. § 141 BauGB und Entwicklungskonzept Südliche Innenstadt-Erweiterung (ESIE) in Bayenthal/Raderberg/Zollstock
3799/2011

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, hält es für die Schulen besonders interessant, dass die Verwaltung an dieser Stelle der Fortsetzung des inneren Grüngürtels vorschlägt, möglicherweise eine neue Gesamtschule zu errichten, während die Bezirksvertretung Rodenkirchen an dieser Stelle eine Grundschule wünscht. Ob ein Bedarf für eine Grundschule an diesem Standort bestehe, entziehe sich seiner Kenntnis.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner, hat erfahren, dass das Land möglicherweise an dieser Stelle ein Justizzentrum errichten will. Ein solches müsse sehr hoch sein. Da an dieser Stelle aber hohe Bauten nicht möglich sind, müsse es in die Breite gebaut werden und würde die ganze Fläche ausfüllen. Er fragt deshalb nach dem Sachstand dieser Überlegungen.

Herr Wevering, Amt für Stadtentwicklung und Statistik, antwortet, dass es bisher ausschließlich eine Idee des Bau- und Liegenschaftsbetriebes, Niederlassung Köln, ist, das Justizzentrum von der Luxemburger Straße an die Alteburger Straße zu verlegen. Diese Idee wurde bisher noch nicht von den zuständigen Ministerien in Düsseldorf verhandelt oder entschieden. Deshalb wurde in Abstimmung mit dem Oberbürgermeister zunächst der kommunale Bedarf für ein Schulgrundstück mit einer Fläche von 25.000 km östlich der Alteburger Straße entsprechend dem Schulentwicklungsplan angemeldet. Auf der gegenüberliegenden Fläche wird zusätzlicher Wohnungsbau zur Ergänzung der vorhandenen Bebauung Koblenzer Str./Bonner Str. vorgeschlagen, der in der nächsten Dekade für bis zu 3.000 Menschen 1200 bis 1500 Wohnungen schaffen könnte. Ergänzend zu dem dann zu erwartenden Bevölkerungszuwachs wurde die Errichtung einer zusätzlichen Grundschule auf dem bisherigen städtischen Großmarktgelände angesiedelt. Wo dieser Plan letztlich realisiert wird, ist aber abhängig von der städtebaulichen Qualifizierung. Bei dem jetzt vorgelegten Plan geht es dagegen nur um die langfristige Neuordnung der Flächennutzung. Städtebau wäre dann die nächste Stufe, wobei in einem städtebaulichen Wettbewerb eine Vorgabe für den städtebaulichen Bebauungsplan eingeholt wird. Der Standort für die weiterführende Schule läge dann auch an diesem Grüngürtel und hätte eine gute Verknüpfungsstelle zum neuen öffentlichen Grün. Zum Beschluss der Bezirksvertretung Rodenkirchen ergänzt Herr Wevering, dass der Stadtentwicklungsplanung eine Stellungnahme des Dezernates Schule und Weiterbildung vorliegt. Die Verwaltung will danach den Vorschlag der Bezirksvertretung Rodenkirchen nicht aufgreifen, weil auf die Schulerweiterungsfläche Matthiaskirchplatz kaum verzichtet werden kann und von der Brauereifläche abgesehen keine neuen Flächen kurzfristig verfügbar wären, weil für alles andere bis zum Jahre 2020 Bestandsgarantie besteht.

Frau Manderla bedankt sich für die ausführliche Darstellung und bittet die Verwaltung, in Bezug auf die Schulplanung den Ausschuss regelmäßig weiter zu informieren.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

„

1. Der Rat nimmt die vorbereitende (Sanierungs-)Untersuchung (VU) gem. § 141 Baugesetzbuch (BauGB) für den Entwicklungsbereich südliche Innenstadt-Erweiterung in Bayenthal, Raderberg, Zollstock zur Kenntnis und
2. beschließt das Entwicklungskonzept südliche Innenstadt-Erweiterung unter Berücksichtigung und Abwägung der Ergebnisse der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung nach Modell 2 zur vorbereitenden Untersuchung gem. § 137 BauGB als Entwicklungsplanung nach § 1 Abs. 6 Nr. 11 BauGB.
3. Der Rat beauftragt die Verwaltung, für das als Ergebnis der VU vorgeschlagene Sanierungsgebiet (Karte 8 der VU) eine Beschlussvorlage zur förmlichen Festlegung eines Sanierungsgebietes gem. § 142 Abs. 3 BauGB vorzulegen.“

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

5.4 Beschluss der Bezirksvertretung Mülheim zum Fahrplankontakt der Linie 4 2083/2012

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, versteht den Wunsch der Bezirksvertretung Mülheim, doch wird seine Fraktion sich im Hinblick auf die Mehrkosten von 2 ½ Millionen Euro, die in der Anlage 2 aufgeführt werden, gegen den Beschluss der Bezirksvertretung Mülheim aussprechen und dem Vorschlag der Verwaltung folgen.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, schließt sich dem für die SPD-Fraktion an. Durch den Kreisverkehr Berliner Straße /Markgrafenstraße und durch die Fahrbahnerweiterung der A3 hat es an dieser Stelle in den vergangenen 2 Jahren 2 Großbaustellen gegeben. Nachdem diese Hindernisse nun beendet sind und der Verkehr wieder weitgehend fließt, sind die Mehrkosten für die Wendeanlage nicht zu rechtfertigen.

Herr Lorenz, Bezirksschüler/innenvertretung, schlägt vor, dass man nochmals mit den angrenzenden Schulen über einen zeitlich versetzten Schulbeginn spricht.

Beschluss:

Wie der Verkehrsausschuss nimmt auch der Ausschuss für Schule und Weiterbildung die Darstellung der Verwaltung zur Kenntnis und spricht sich gegen eine Verdichtung des Fahrplankontakts der Stadtbahnlinie 4 gemäß Beschluss der Bezirksvertretung Mülheim vom 31.01.2011 aus.

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage der Verwaltung wird einstimmig beschlossen. Der Vorschlag der Bezirksvertretung Mülheim wird damit abgelehnt.

5.5 Johannes-Gutenberg-Realschule Kuckucksweg 4, 50997 Köln (Godorf); Erneuerung der Fachräume Physik und Biologie 2237/2012

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beschließt die Durchführung einer Erneuerung für die Fachräume Biologie und Physik der Johannes-Gutenberg-Realschule, Kuckucksweg 4 in 50997 Köln mit Gesamtkosten von 178.000 Euro.
2. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Finanzausschuss, wie folgt zu beschließen:
„Der Finanzausschuss beschließt die Freigabe von Kassenmitteln in Höhe von 125.000 Euro aus dem Teilfinanzierungsplan 0301, Schulträgeraufgaben, Zeile 9 für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen.“

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

5.6 Überplanmäßige Aufwendungen im Teilplan 0301 - Schulträgeraufgaben für das Haushaltsjahr 2011 2168/2012

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, meldet an, dass seine Fraktion weitergehende Informationen für die Beurteilung der Beschlussvorlage benötigt und bittet um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Er bittet um eine Auflistung, wie sich die 22 Millionen Euro auf einzelne Projekte aufteilen.
2. Es wirke so, als ob es der Verwaltung bisher nicht bekannt war, welche Projekte laufen und wie teuer diese sind. Er bittet um Darstellung des organisatorischen Verfahrens und möchte wissen, seit wann der Verwaltung die einzelnen Rechnungen vorliegen.

Er bittet um Beantwortung dieser Fragen bis spätestens zum 12.09., damit diese Informationen für die weitere Beratung im Finanzausschuss und im Rat vorliegen.

Herr Philippi, SPD-Fraktion, sieht einen erheblichen Sprung zwischen den Jahren 2009 und 2010 und befürchtet, dass der Schulentwicklungsplan gefährdet ist, wenn das so weiter gehe und die Stadt dann Insolvenz anmelden müsse.

Frau Dr. Klein bittet nicht nur die 22 Millionen, sondern die Gesamtliste für das Gesamtpaket zu betrachten und sagt eine Auflistung zu.

Frau Manderla entgegnet, dass in der Gesamtliste die 22 Millionen erkennbar sein müssten.

Frau Dr. Klein weist darauf hin, dass in den vergangenen Jahren viele finanzwirksame Maßnahmen beschlossen wurden, wobei beim Beschluss nur die Investitionskosten genannt werden, die später von der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln geltend gemachten Mietkosten aber jeweils noch nicht sichtbar sind. Auch komme es immer wieder zu Bauverzögerungen. Die Rechnungen werden jeweils erst mit der Bezugsfertigkeit gestellt und vieles konnte lange Zeit wegen Personalmangels bei der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln erst verspätet rückwirkend geltend gemacht werden.

Frau Gorklo-Blameuser ergänzt, dass eine objektscharfe Darstellung schwierig bis unmöglich sei, weil die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln die monatlichen Zahlungen per Lastschrift einzieht. Bereits im vergangenen Jahr habe die Verwaltung immer wieder auf Kostensteigerungen beim Mietbudget hingewiesen, weil die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln Mietnachforderungen für lange in Betrieb genommene Objekte stellte. Die konkrete Gesamtsumme habe dann erst im Dezember vorgelegen, nachdem alle Mietzahlungen abgerechnet wurden.

Frau Manderla wundert sich, warum man nicht frühzeitig darauf reagiert hat und die Mittel nicht bereits früher angemeldet hat. Sie besteht deshalb auf der Auflistung.

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, möchte wissen, ob in den für das Jahr 2011 aufgelisteten 181 Millionen Euro Miete die Nachforderung bereits enthalten sei.

Das wird von Frau Heuer bestätigt.

Außerdem liest Herr Thelen aus der Aufstellung, dass der Fehlbedarf ursprünglich bei 25,8 Millionen Euro lag und aus Eigenmitteln des Dezernates IV um 3,6 Millionen Euro vermindert werden konnte. Er weist darauf hin, dass für die Schulsozialarbeit im Jahre 2011 fast 3 Millionen Euro nicht abgeflossen sind. Diese könnten zur Deckung der Finanzierungslücke mit herangezogen werden.

Als Grund für die Kostensteigerungen wurde u.a. angegeben, dass Neuvermessungen stattgefunden haben. Möglicherweise käme man bei Nachmessungen auf andere Ergebnisse.

Auch könne man daran ansetzen, dass die Gebäudewirtschaft keine Marktmiete, sondern eine Kostenmiete verlangt: Die Kosten sind an die Höhe der ständig steigenden Baukosten gekoppelt. Er fragt nach, ob es an diesem Punkt eine Chance für eine Veränderung gibt.

Frau Dr. Klein antwortet, dass das Amt für Schulentwicklung davon abhängig ist, was von der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln in Rechnung gestellt wird. Zur Rechnungsstellung bei der Gebäudewirtschaft laufe gerade eine Organisationsuntersuchung im Auftrag des Rates. Für die Schulverwaltung gebe es aber nicht die Möglichkeit, zu einem anderen Anbieter zu wechseln. Man müsse verstehen, dass politische Beschlüsse des Ausschusses für Schule und Weiterbildung und des Rates für Neu- und Erweiterungsbauten irgendwann zu höheren Mietzahlungen führen. Allein in der Ganztagsoffensive wurden Bauten mit einem Volumen von 250 Millionen Euro beschlossen und durchgeführt, wobei anschließend nur 5.000 Euro je Maßnahme vom Land ergänzt wurden. Wer –zu Recht- in Schulen investiert, muss in der Konsequenz auch ein erhöhtes Mietbudget akzeptieren. Es ist nicht leicht, die erhöhten Kosten einigermaßen zeitgenau anzumelden, um Vorlagen zu vermeiden, in welchen rückwirkend Kostensteigerungen geltend gemacht werden. Die Kernfrage, welche sich sowohl die Verwaltung als auch die Politik immer wieder stellen muss, ist: „Können wir uns da vieles noch so leisten?“ Frau Dr. Klein bittet um Verständnis für die Vorlage, da sie nur eine Konsequenz aus gefassten Beschlüssen ist.

Herr Kaven ergänzt, dass Rechnungen nur im Bereich der Serviceaufträge an die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln, wie z.B. bei konkreten Bestellungen, gestellt werden. Im investiven Bereich werde jedoch durchweg über Mieterhöhungen bzw. Anpassungen der Mietverträge abgerechnet. Bei allen von der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln gefertigten Beschlüssen sei auch eine grobe Miete genannt.

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, konkretisiert daraufhin seine Anfrage zu 2.): Seit wann liegen der Verwaltung / welchen Teilen der Verwaltung die Anpassungen der einzelnen Mietzahlungen vor?

Beschluss:

Die Vorlage wird ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

5.7 Neubau Mensa an der Katharina-Henoth-Gesamtschule, Adalbertstraße 17/ Lustheiderstraße 47, 51103 Köln-Höhenberg Baubeschluss 1909/2012

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erinnert daran, dass man ursprünglich einmal vorhatte, die Mensa für ca. 70.000 Euro zu renovieren. Dann gab es irgendwann aus einem ihm nicht mehr bekannten Grund den Beschluss zu einem Neubau. Aus der Stellungnahme des Rechnungsprüfungsamtes sei ersichtlich, dass dieses nicht einverstanden ist mit der Kostenermittlung in Höhe von 2,9 Millionen Euro. Hier sollten Einsparpotentiale berücksichtigt werden. Herr Thelen möchte zu Punkt 24 der Energiecheckliste, „Selbstschlussarmaturen“, wissen, ob dort in der Mensa nun Duschen eingebaut werden.

Herr Kaven bestätigt dies und erklärt, dass das von den geltenden Anforderungen an die Personalsanitärbereiche so gefordert wird.

Herr Thelen bezweifelt dies und bittet dies zu überprüfen, weil so etwas bei der Einrichtung einer Mensa an seiner früheren Schule in Leverkusen nicht erforderlich war.

Herr Kaven versichert, dass man sich intensiv mit den geltenden Anforderungen auseinandergesetzt habe und keinen Luxus oder Überflüssiges einbaue. Er ist sich sicher, dass auch eine nochmalige Überprüfung nichts anderes ergibt.

Herr Thelen möchte seine Bitte um Überprüfung zunächst als Antrag mit aufschiebender Wirkung verstanden wissen, doch wendet Frau Manderla ein, dass sie lediglich ein von der Verwaltung zu erledigender Auftrag ist, der von Herrn Kaven nicht abgelehnt wurde. Herr Thelen besteht daraufhin nicht darauf, dass die Abstimmung über die Vorlage unterbrochen wird.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Köln, wie folgt zu beschließen:

„Der Rat genehmigt den Entwurf und die Kostenberechnung für die Errichtung eines Neubaus für die Katharina-Henoth-Gesamtschule, Adalbertstraße 17/ Lustheiderstraße 47 als Ersatz für das vorhandene Mensagebäude, mit Gesamtkosten in Höhe von insgesamt **2.912.400 €brutto** und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.“

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird einstimmig beschlossen.

5.8 Teil-Generalinstandsetzung der Sporthallen der Gesamtschule Stresemannstr. 36 in Köln-Porz Baubeschluss 2944/2012

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, möchte wissen, welche Folgen es konkret hat, wenn die als Tischvorlage vorgelegte Vorlage nicht in der laufenden Sitzung beschlossen wird und die Gebäudewirtschaft diese deshalb auch nicht in ihrer nächsten Sitzung beschließen kann. Außerdem nimmt sie Bezug auf die Prüfvermerke des Rechnungsprüfungsamtes zum Thema „Schwingboden“ und zum Prüfvermerk K2: Hat die erhöhte Kostenberechnung absehbare Auswirkungen auf die Gesamtkosten? Insgesamt entsteht der Eindruck, dass durch fehlende Steuerung bei der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln bei vielen Maßnahmen Mehrkosten entstehen. Auch kleine Positionen wie 58.000 Euro für den Schwingboden können in der Menge zu enormen Kostenerhöhungen führen.

Herr Kaven macht deutlich, dass der Baubeginn der Maßnahme für Oktober vorgesehen ist. Eine verspätete Zustimmung führt zu einem Verzug beim Baubeginn, es sei denn die Gebäudewirtschaft würde ohne Zustimmung mit dem Bau anfangen.

Diese Aussage ist Frau Kessing nicht konkret genug.

Herr Kaven führt aus, dass die verspätete Zustimmung eine Anpassung des Bauzeitenplanes und Neuverhandlungen mit den beteiligten Firmen über den Beginn der Maßnahme erforderlich machen und die verantwortliche Projektleiterin Frau Bardtke ergänzt, dass die Ausschreibungen bereits weitgehend auf den Weg gegeben wurden und beauftragt werden könnten, da die Vergaben der meisten Gewerke bereits gelaufen sind. Durch zusätzliche Anforderungen und die Vielzahl an erforderlichen Zustimmungen aus der Verwaltung für eine Maßnahme dieses Ausmaßes ist es bereits zu

einer Verzögerung gekommen, weil die Maßnahme bereits vor den Sommerferien in den Ausschuss gegeben werden sollte.

Frau Manderla bestätigt, dass Verzögerungen bei der Vergabe einer Baumaßnahme zu Kostenerhöhungen durch die Firmen führen können, welche die Maßnahme bereits in die Planung mit aufgenommen hatten und wieder neu planen müssen.

Frau Bardtke ergänzt, dass die Schule bereits sehr lange auf Teilbereiche warte, wie etwa die Ertüchtigung des Schallschutzes in den Sporthallen, welche nicht den Sicherheitsanforderungen entspricht, die mit in das Paket gepackt wurde.

Herr Lorenz, Bezirksschüler/innenvertretung, wirbt als ehemaliger Schülersprecher dieser Schule für den Beschluss, weil ihm aus eigenem Erleben bekannt ist, dass es in der Turnhalle stets kalt war, durch die Decke tropfte und man bei dem Schwingboden stets befürchten musste, dass er einbrechen könnte. Die Baumaßnahmen seien dringend erforderlich.

Frau Quilling, sachkundige Einwohnerin, weist auf das grundsätzliche Problem verspäteter Vorlagen hin, die stets zu Zeitdruck führen, weil ein erheblicher Sachdruck dahinter steht. Sie kann nicht nachvollziehen, warum die Vorlagen oft so spät vorgelegt werden.

Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, ergänzt ihre Bedenken gegen die Vorlage um die Aussagen des Rechnungsprüfungsamtes aus Anlage 3, wonach dem RPA die Kostenberechnung zu pauschal war. Sie möchte wissen, ob zu den genannten Kosten noch weitere hinzukommen. Hinsichtlich des Schwingbodens liest sie aus der Vorlage, dass noch nicht einmal für eine Stabilität, noch für die Langlebigkeit eine Garantie gegeben wird.

Herr Kaven verweist dazu auf die Antwort der Verwaltung zu diesem Einwand. Es handele sich da um unterschiedliche Auffassungen und die verlegten Böden entsprechen natürlich den zertifizierten erforderlichen Regularien für Hallen dieser Art.

Bezüglich der Kostenfrage habe die Vorlage letztlich als Ergebnis der Diskussion sowohl die Zustimmung des Rechnungsprüfungsamtes als auch der Kämmerei erhalten. Gegebenenfalls einzusparende Kosten wurden in der Vorlage dargestellt.

Beschluss:

Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft, wie folgt zu beschließen:

„Der Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft beschließt den Entwurf und die Kostenberechnung für die Teil-Generalinstandsetzung der Sporthallen der Gesamtschule Stresemannstr. 36 in Köln-Porz mit Gesamtbaukosten in Höhe von 4.139.000 € brutto und beauftragt die Verwaltung mit der Submission und Baudurchführung.

Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln.“

Abstimmungsergebnis:

Die Vorlage wird einstimmig beschlossen bei zwei Enthaltungen (durch Herrn Schöppe, Fraktion ProKöln, und Frau Kessing, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN).

6 Beantwortung mündlicher Anfragen; Mitteilungen

6.1 Beantwortung mündlicher Anfragen

6.2 Mitteilungen der Vorsitzenden

6.3 Mitteilung der Verwaltung

6.3.1 Schulassistenten und Hausmeistergehilfen an Kölner Schulen 2671/2012

Frau Klein, sachkundige Einwohnerin, möchte wissen, ob das Land noch ein zweites Mal eine Verlängerung der Mittel für diese Maßnahme gewährt, damit die Schulassistenten und Hausmeistergehilfen an den Schulen bleiben können.

Frau Dr. Klein antwortet, dass das Ministerium an einem Erlass zur flächendeckenden Unterstützung von betriebsintegrierten Werkstattarbeitsplätzen arbeitet. Davon werden die bestehenden Einrichtungen auf jeden Fall profitieren und im Rahmen des neuen Erlasses ist damit zu rechnen, dass sie weitergeführt werden.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6.3.2 Inklusionsentwicklung Kölner Schulen: Einrichtung eines Expertenbeirats Inklusion 3053/2012

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, fragt zur Erweiterung der Kern-AG nach, warum dort ein Vertreter des Personalrates für Lehrer an Grundschulen als Experte mit hereingenommen wurde: Müssen dann nicht auch die Personalräte der anderen Schulformen vertreten sein? Wie ist die Zusammensetzung der Expertenrunde zustande gekommen?

Frau Dr. Klein erklärt, dass man versucht habe, möglichst viele, die aktiv an dem Thema beteiligt sind, mit einzubeziehen: Für die Jugendhilfe wurde die LIGA in die Kern-AG aufgenommen, außerdem die Bezirksschüler/innenvertretung, die Montag-Stiftung und die Universität. Die GEW und der Personalrat für Lehrer/innen an Grundschulen wurden deshalb aufgenommen, weil der Personalrat für die Grundschulen beim Amt für Schulentwicklung angesiedelt ist und unmittelbarer Gesprächspartner ist, während die Personalräte der weiterführenden Schulen bei der Bezirksregierung sitzen.

Frau Laufenberg, FDP-Fraktion, möchte wissen, wie die Politik an der Kern-AG partizipieren kann.

Frau Dr. Klein warnt davor, dass die Arbeit in den Arbeitskreisen sehr zeitaufwändig ist und die Größe der AGs nicht zu sehr ausgeweitet werden kann. Eine politische Miteinbeziehung wird über die entsprechenden Mitteilungen und Vorlagen in den Ausschüssen gewährleistet. Im Übrigen stehen der Politik die klassischen Instrumente der Gemeindeordnung offen und die Verwaltung ist für Vorschläge zur Thematik offen.

Herr Uckermann, sachkundiger Einwohner, plädiert dafür, einen Unterausschuss für diese Thematik einzurichten.

Frau Stangier, Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik, hält die Besetzung der Kern-AG für sehr schullastig und vermisst die weitere Einbeziehung der Träger z.B.

des Ganztages, wie beispielsweise den Bund Schulsozialarbeit, sowie eine stärkere Einbindung der Jugendhilfe.

Herr Pfeuffer erklärt, dass man sich bei der Zusammensetzung sehr eng mit dem früheren Expertenbeirat abgestimmt habe. Zu den Vorgeschlagenen gibt es vielfältige Verbindungslinien, die sinnvoll sind. Der Bereich der Schulsozialarbeit werde zum einen durch das Amt für Schulentwicklung und zum anderen durch die LIGA vertreten.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6.3.3 Inklusionsentwicklung Kölner Schulen: Allgemeine Inklusiv arbeitende Schulen im Schuljahr 2012/13 3052/2012

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, bittet um schulscharfe Auflistung, welche Behinderungen bei den Schüler/innen vorliegen.

Frau Dr. Klein weist auf Probleme mit dem Datenschutz hin, wenn wie im Fall des Elisabeth-von-Thüringen-Gymnasiums nur ein/e behinderte/r Schüler/in die Schule besucht.

Herr Pfeuffer verweist auf die Oktoberstatistik, mit der zumindest grundsätzliche Aussagen über die Verteilung der einzelnen Schwerpunktbereiche möglich sind.

Frau Jahn, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, fragt sich, was die CDU-Fraktion mit solchen Daten anfangen möchte und hält diese Anfrage im Hinblick auf den Datenschutz für sehr problematisch.

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, akzeptiert den Vorschlag von Herrn Pfeuffer, auf entsprechende grundsätzliche Angaben in der Oktoberstatistik zu warten.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6.3.4 Projektdatenblätter zu Baumaßnahmen der Gebäudewirtschaft 3064/2012

Herr Kaven teilt erklärend mit, dass die Testphase der Datenbank im Betriebsausschuss der Gebäudewirtschaft nun beendet sei und man die Mitteilung über den Stand der Baumaßnahmen für die Ausschüsse ab sofort über das städtische Intranet mit der Möglichkeit eines direkten projektspezifischen Zugriffs vornehme. So besteht die Möglichkeit eines personalisierten Links je nach Interesse. Bei jeder Baumaßnahme ist auch der zuständige Ansprechpartner der Gebäudewirtschaft genannt, der weitere Auskünfte geben könnte. Es ist beabsichtigt, dieses Instrument nach erfolgter verwaltungsinterner Abstimmung ab Herbst über das Internet auch der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6.3.5 Ämterrallye 2793/2012

Frau Mucuk, SPD-Fraktion, stellt folgende Nachfragen:

1. Wie viele Schüler/innen haben sich für die Teilnahme an der Ämterrallye beworben?
2. Welche Auswahlkriterien gab es neben der Mehrsprachigkeit?

3. Was wurde aus den abgelehnten Bewerber/innen? Gibt es für sie eine weitere Veranstaltung dieser Art?

Frau Simon, Regionale Arbeitsstelle zur Förderung von Kindern und Jugendlichen aus Zuwandererfamilien (RAA), antwortet

zu 1.) Es gab 25 jugendliche Bewerber/innen bei 15 Plätzen.

zu 2.) Die Mehrsprachigkeit war das vorrangige Kriterium. Daneben wurde auf die Selbstdarstellung der Bewerber/innen im Bewerbungsplan gesehen und welche Intentionen sie mit der Bewerbung verbunden haben.

zu 3) Eine weitere Finanzierung für dieses fremdfinanzierte Projekt ist nicht gewährleistet, sodass derzeit kein zweites Verfahren beabsichtigt ist.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6.4 Mitteilung über den Stand der Schulbausanierung

7 Anfragen

Herr Dr. Schlieben trägt vor, dass **Herr Dr. Zimmermann, sachkundiger Einwohner**, die Sitzung bereits verlassen habe, ihn aber gebeten habe, seine auch schriftlich vorgelegte Anfrage zum Thema „Gebühren für Lehrerparkplätze“ in seinem Namen zu stellen:

„Wie aus der Presse zu entnehmen war, sollen im Rahmen der geplanten Haushaltskonsolidierung Gebühren für Lehrerparkplätze erhoben werden.

1. Sollen die geplanten Gebühren auch gelten

a) für Besucher von Schulen (z.B. Eltern, Handwerker, Fach- und Seminarleiter, Kollegen von anderen Schulen,...)?

b) für städtische Bedienstete?

c) für die Nutzer/innen schulischer Räume und Hallen (z.B. Teilnehmer/innen von Sportveranstaltungen, Parteitreffen, Vereinsveranstaltungen)?

2. Nach welchem Verfahren sollen die Gebühren erhoben werden?

3. Wie beurteilt die Verwaltung eine durch Gebühren bedingte mögliche Verlagerung von Lehrerfahrzeugen auf umliegende Parkplätze der Anwohner?

4. Wie beurteilt die Verwaltung mögliche Auswirkungen der Gebührenregelung auf die Bereitschaft von Lehrkräften mit Mangelfächern, sich an Kölner Schulen zu bewerben (teure Mieten + Parkplatzgebühren)?

5. Ist daran gedacht, für städtische Bedienstete an Schulen sowie für Lehrkräfte Anreize für die Benutzung öffentlicher Verkehrsmittel (z.B. Jobtickets – wie in Düsseldorf) einzuführen?

6. Werden Mittel bereitgestellt, um zusätzliche Fahrradstellplätze für Lehrkräfte zu errichten?“

Frau Jahn, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, hat zur gleichen Thematik folgende Fragen:

1. Bei den Haushaltsbesprechungen wurden die Lehrerparkplätze immer in Kombination mit dem Job-Ticket besprochen. Das bedeutet, dass alle Lehrer auch die Möglichkeit bekommen sollen, auf Wunsch ein Job-Ticket zu beantragen und zu bekommen. Wie stellt sich die Verwaltung das Verfahren vor, dass auch Lehrer an Kölner Schulen an das Job-Ticket kommen können?

2. An welchen Schulen wird ein Pilotprojekt zur Einführung von Lehrerparkplätzen gestartet? Ich bitte um Mitteilung an den Ausschuss für Schule und Weiterbildung und an den Finanzausschuss.

Frau Dr. Klein antwortet dazu, dass bereits in der Ratsvorlage im Rahmen der Haushaltsberatungen die Gesamtschule in Porz als Pilotschule benannt wurde. Im Ratsbeschluss wurde NICHT festgelegt, dass die Parkraumbewirtschaftung an das Job-Ticket gekoppelt sei. Es wurde dort lediglich beschlossen, dass eine Bewirtschaftung der Parkplätze gegen Gebühr erfolgen soll. Die Konstruktion aus Düsseldorf ist so auf die Kölner Verhältnisse nicht übertragbar. Mit der Gesamtschule in Porz wurde eine Schule gewählt, die selbst die Notwendigkeit einer Bewirtschaftung angemeldet habe. Die Einsicht für daraus entstehende Kosten läge jedoch nicht vor. Köln ist bei der Parkraumbewirtschaftung kein Vorreiter, sondern es wird bereits von vielen anderen Städten praktiziert. Für die Parkraumbewirtschaftung soll nun eine neue Konzeption erarbeitet werden, an deren Ziel Mehreinnahmen für den städtischen Haushalt stehen. Dabei müssen Aufwand und Ertrag gegenüber gestellt werden.

Herr Dr. Schlieben, CDU-Fraktion, stellt eine mündliche Anfrage, die er auch schriftlich vorlegt:

„Am 30. April hat die Schulverwaltung im Ausschuss für Schule und Weiterbildung die Konkretisierung der Schulentwicklungsplanung 2012 vorgestellt. Für den Stadtbezirk Porz schlägt die Verwaltung die „Erprobung eines zweigliedrigen Schulsystems“ vor, d.h. „alle Haupt- und Realschulen (würden) zugunsten von Sekundarschulen aufgegeben (S.49). Diese Planung hat die Verwaltung am 05.06.2012 den betroffenen Porzer Schulen vorgestellt. Als Reaktion haben die drei betroffenen Realschulen und die zwei betroffenen Hauptschulen eine gemeinsame Stellungnahme entwickelt, in welcher die Planungen der Verwaltung einhellig abgelehnt werden.

In diesem Zusammenhang bitten wir die Verwaltung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Seit wann liegt der Verwaltung die ablehnende Stellungnahme der 5 Porzer Schulen vor?
2. Warum wurde der Schulausschuss bisher nicht über das ablehnende Votum informiert?
3. Schließt sich die Verwaltung dem ablehnenden Votum der 5 betroffenen Porzer Schulen an?
4. In welcher Weise gedenkt die Verwaltung, ihre Pläne bzgl. der Einführung von Sekundarschulen in Porz zu überarbeiten?
5. In welchen anderen Schulen / Stadtbezirken hat die Verwaltung ihre Schulentwicklungsplanung bisher vorgestellt?
6. Gibt es weitere mündliche bzw. schriftliche Reaktionen von betroffenen Schulen bzgl. der vorgelegten Schulentwicklungsplanung?“

Frau Riedel, sachkundige Einwohnerin, stellt zum Thema „Einführung von Tablet-PCs“ die nachfolgenden Fragen:

1. Wie ist der aktuelle Sachstand zur Ausstattung von Schulen mit Tablet-PCs? Welche Anträge liegen bereits vor und wie werden die Tablet-PCs an die Schulen vergeben?
2. In welcher Höhe sind Haushaltsmittel für die Beschaffung von Tablet-PCs für Schulen vorgesehen?
3. Hat man sich mittlerweile für ein bestimmtes Finanzierungsmodell (wie z.B. Beteiligung der Fördervereine) entschieden und wenn ja: für welches und wie sieht das aus?

Herr Thelen, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, hat vom Landschaftsverband erfahren, dass es für Einrichtungen der Inklusion Zuschüsse gibt. Er möchte wissen, ob das den Schulen bekannt ist und ob diese Zuschüsse auch abgerufen werden.

Frau Heuer bestätigt, dass der Landschaftsverband 15.000 Euro je inklusiv beschulte/n Schüler/in mit bestimmtem Förderbedarf bereitstellt und dass diese Zuschüsse selbstverständlich für jede/n einzelne/n Schüler/in abgerufen werden.

Herr Pannes, sachkundiger Einwohner, stellt folgende Fragen:

1. Wie ist der Sachstand bei der Initiative „Gesamtschulgründung in Dellbrück“?
2. Es gibt Unbehagen unter den beteiligten Schulen, die zusammengehen sollen, bezüglich der Perspektive des künftigen Arbeitsplatzes, weil die Schulen umgewandelt werden müssen. Werden die Beteiligten, die an der Umwandlung mitgewirkt haben, nach der Umwandlung auch übernommen und weiterbeschäftigt? Wird dies vielleicht von der Bezirksregierung kulant gehandhabt?
3. Gibt es konkrete Überlegungen zur zukünftigen Nutzung des Schulgeländes Overbeckstraße?

Frau Dr. Klein antwortet auf die erste Frage, dass man die betroffenen und benachbarten Schulen in Dellbrück um ein Votum der Schulkonferenz zu der Planung gebeten hat. Dabei wurde eine Frist bis zu den Herbstferien gesetzt. Anschließend wird die Verwaltung dem Ausschuss einen Vorschlag zu diesem Thema unterbreiten.

Zur zweiten Frage erinnert die Dezernentin an das Schreiben des Staatssekretärs, dass eine Umwandlung nicht möglich ist, sondern die Gründung durch eine Schließung und Neugründung erfolgen muss. Das gilt ebenso für Dellbrück und Weiden. Die Bezirksregierung muss dann bei der Personalgewinnung für die neue Schule auch das Beamten- und Besoldungsrecht beachten. Eine Zusage für eine höherwertige Stelle ist dabei nicht möglich, da diese ausgeschrieben werden müssen. Wenn sich darauf jemand mit einer höheren Besoldung bewirbt, dann muss der Bewerber mit der niedrigeren Besoldung erhebliche Gründe für sich mitbringen, um besser zu sein, als der Bewerber, der gleichwertig wechselt.

Frau Heuer führt zur Overbeckstraße aus, dass es eine Planung gibt, auch in Zusammenhang mit der IUS, doch soll hierüber zunächst mit den betroffenen Schulen gesprochen werden.

Frau Manderla erfragt den aktuellen Sachstand bei der Unterbringung der Volkshochschule nach dem Auszug des Friedrich-Wilhelm-Gymnasiums aus dem Gebäude am Neumarkt.

Frau Dr. Klein stellt fest, dass der Finanzausschuss vor den Sommerferien mit einem Richtungsbeschluss den Weg geebnet hat, dass die Volkshochschule mittelfristig wieder in ein saniertes Gebäude am Neumarkt zurück kann. Vorher ist die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln aber noch aufgefordert, in einer Vorlage eine aktualisierte Kostenberechnung vorzulegen. An dieser wird gerade intensiv gearbeitet.

8 Verschiedenes

gez. Manderla, 25.09.2012

gez. Bernecker, 25.09.2012

Manderla
Vorsitzende

Bernecker
Schriftführer